



transform!
europe

Die Militarisierung der Europäischen Union

Fragen zu einem linken Sicherheitskonzept für das 21. Jahrhundert



Die Militarisierung der Europäischen Union

Fragen zu einem linken Sicherheitskonzept für das 21. Jahrhundert

INHALT

Vorwort, Roland Kulke	3
Es ist nicht nur eine Schlacht der Ideen, Walter Baier	5
Europäische Spannungsfelder, Erhard Crome	14
Autoritarismus und Militarisierung, Ines Mahmoud und Katerina Anastasiou	18
Europäische Zuwanderungspolitik und fremdenfeindlicher Druck, Bruno Montesano	23
Anstelle eines Fazits: Friedliches und friedliebendes Europa, Panos Trigazis	28

IMPRESSUM

2018



transform! european network for alternative thinking and political dialogue

Square de Meeûs 25, 1000 Brüssel, Belgien

transform! europe wird teilweise durch Subventionen des Europaparlaments finanziert.

Die vorliegende Publikation steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“. Für eventuelle Genehmigungen, die über diese Lizenz hinausgehen, kontaktieren Sie bitte [office \(at\) transform-network.net](mailto:office@transform-network.net).

Layout: sanja.at e.U.

Cover-Illustration: coloursofajourney.eu: Abulfaz, 10; Herkunftsland: Afghanistan;

Aufenthaltsland: Griechenland; Von Elliniko, aus einem Elliniko-Workshop



Dena, 7 Jahre

Herkunftsland: Afghanistan

Aufenthaltsland: Griechenland

coloursofajourney.eu

Vorwort

Roland Kulke, Facilitator, transform! europe

Am Samstag, den 20. Oktober 2018, verkündete Donald Trump den geplanten Rückzug vom 1987 geschlossenen Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Verträge). Dieses von Ronald Reagan und Michael Gorbatschow unterzeichnete Abkommen beendete den Rüstungswettlauf für Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (500 km bis 5500 km) sowie für landgestützte Waffen. Fünf Tage später, am 25. Oktober 2018 um Mitternacht, läuteten 50 000 Soldaten die Kampfphase des größten NATO-Manövers seit dem Ende des Kalten Krieges ein. Die Anzahl der teilnehmenden Maschinen – 10 000 Fahrzeuge und 250 Flugzeuge – war gigantisch. Die gesamte Trägereinsatzgruppe des Flugzeugträgers Harry S. Truman war beteiligt – ausgestattet mit der unglaublichen, destruktiven Macht von weiteren 65 Schiffen. Die NATO reagierte damit auf das „Säbelrasseln“ Russlands, das nur einen Monat früher, im September 2018, China eingeladen hatte, am – mit

einer unvorstellbaren Anzahl von 300 000 beteiligten Soldaten – größten russischen Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges teilzunehmen.

Was tut nun die Friedensnobelpreisträgerin EU in einer solchen Situation, in der die Militarisierung der europäischen Flankenmächte Russland und USA eine neue aberwitzige Stufe des „Gleichgewichts des Schreckens“ erreicht hat? Setzt die EU ihre diplomatische Stärke aktiv ein, um eine neue Abrüstungsrunde einzuläuten? Leider tut sie nichts dergleichen – ganz im Gegenteil!

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, Mitglied der konservativen Europäischen Volkspartei, nahm das Ergebnis der Brexit-Abstimmung zum Anlass, um augenblicklich zu einer Militarisierung der EU aufzurufen. Seit der Brexit-Entscheidung ist die Militarisierung der EU das einzige Projekt, das die konservativen Eliten zum einen zusammenhält, und zum anderen überhaupt noch interessiert. In seiner „Rede zur Lage der Union“ am 12. September 2018 sprach Juncker nur ein einziges neues EU-Projekt an, nämlich jenes, die EU darauf vorzubereiten, als Global Player in der „harten Politik“ zu bestehen. Unsere europäischen Eliten benutzen die EU für eine neuerliche Militarisierungsrunde unserer Gesellschaften. Ganz offen brechen sie die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon unter Artikel 41 (2), die explizit verbieten, dass auch nur ein einziger Cent von EU-Mitteln für den Verteidigungssektor aufgewendet wird.

Wegen dieser aktuellen Entwicklungen hat transform! europe ein Kollektiv an Autor_innen versammelt, um eine kleine Broschüre zu verfassen, die die Debatte unter den linken europäischen Parteien und Bewegungen hinsichtlich der aktuellen Militarisierung der Europäischen Union anstoßen soll. Da dieses Thema äußerst vielfältig ist, waren wir nicht bestrebt, eine kohärente Blickweise zu entwickeln. Nach intensiven Diskussionen innerhalb unserer Gruppe haben wir jedem von uns unterschiedliche Aufgaben zugewiesen, damit sich die einzelnen Autor_innen mit verschiedenen Aspekten der Analyse der Militarisierung europäischer Gesellschaften befassen konnten. Aus diesem Grund finden Sie liebe Leserin, lieber Leser, in den unterschiedlichen Kapiteln da und dort einige Überschneidungen, aber auch unterschiedliche Ansichten zu dem besprochenen Themenbereich. Sie finden womöglich auch Meinungen, die Sie nicht teilen. Bitte nehmen Sie dies zum Anlass, mit uns, anderen Genoss_innen und Freund_innen darüber zu sprechen.

Im Namen des Autor_innen-Kollektivs wünsche ich Ihnen eine interessante und anregende Lektüre.

Roland Kulke



Asma, 9 Jahre

Herkunftsland: Afghanistan

Aufenthaltsland: Griechenland

coloursofajourney.eu

Es ist nicht nur eine Schlacht der Ideen

Walter Baier, politischer Koordinator, transform! europe

Als der österreichische Kaiser am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg erklärte, wollte er eine begrenzte Strafaktion befehlen. Imperialistisches „Business as usual“. Doch bereits nach wenigen Tagen war klar, dass er einen Weltkrieg entfesselt hatte. Vier Jahren später bedeckten 17 Millionen Tote die Schlachtfelder. Das alte Europa existierte nicht mehr. Im Industriezeitalter können Kriege nicht mehr „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Clausewitz) sein. Sie werden zu Elementarereignissen, die sich rasch der Kontrolle ihrer Verursacher entziehen. Das gilt erst recht nach der Erfindung der Atombombe. Kriege zu verhindern, muss erste Priorität der Politik sein.

Ein mit nuklear-strategischen Waffen geführter Krieg hätte die Vernichtung der Menschheit zur Folge. Das war klugen Analytiker_innen und Politiker_innen be-

reits in der Endphase des Kalten Krieges klar. Der Zusammenhang von „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ ist aufgehoben: Es gibt keinen politischen Zweck mehr, der mit diesen Mitteln zu verwirklichen wäre. Die Alternative Frieden oder Krieg wurde zur Frage Fortexistenz oder Vernichtung der Menschheit. Deshalb gab es nur noch gleiche und gemeinsame Sicherheit für beide Seiten (des Kalten Krieges) oder keine Sicherheit.

Das westliche Macht- und Dominanzstreben der vergangenen 25 Jahre hat Krieg wieder zu einem Mittel seiner Politik gemacht: mit Irak, Jugoslawien und Libyen wurden ungleich schwächere Staaten mit überlegenem konventionellen Wafeneinsatz überfallen und zerstört. Die strategische Positionierung und Aufrüstung gegen Russland und China richtet das militärische Potential jedoch gegen gleichrangige Staaten, die über ein jeweils eigenes Atomwaffenpotential verfügen, das zweitschlagsfähig ist und einen Erstschlag von Seiten der USA adäquat „beantworten“ könnte. So wird im 21. Jahrhundert das Todesspiel des Kalten Krieges auf nahezu schlafwandlerische Weise wiederholt.

ZWEI TENDENZEN DER POLITIK

Die politische Lage in Europa hat sich trotz geringem Wirtschaftswachstum verschlechtert. Der Süden ringt mit den Folgen der Austeritätspolitik; im Osten wurde gar nicht versucht, das Wohlstandsversprechen der EU einzulösen. Die soziale Ungleichheit zwischen dem Zentrum und den Peripherien nimmt zu. In zahlreichen Ländern wächst seit einigen Jahren der Zuspruch zu der Auffassung, die sozialen Probleme würden von Flüchtlingen und Zuwanderer_innen verursacht. Eine Kombination von sozialer Frustration, Uninformiertheit und Ignoranz ist dabei, die ethischen Maßstäbe zu zerstören und hat zu einem Aufschwung der radikalen, nationalistischen Rechten geführt. Das hässliche Gespenst des Nationalismus geht wieder um.

Zukunftsängste sind nicht unbegründet. Der Brexit, die von der Trump-Administration angezettelten Handelskriege der USA, die Gefahr einer neuerlichen Wirtschafts- und Finanzkrise, der militärische Konflikt in der Ukraine, die Kriege in Syrien und Kurdistan, das Abgleiten der Türkei in die Diktatur – die Liste ließe sich fortsetzen. All das fügt sich zu einem Bild der Krise, die den Wesenskern der wirtschaftlichen und politischen Ordnung Europas betrifft.

Irrational aber ist es zu glauben, Europa könne sich durch die Schließung seiner Grenzen und die Aufrüstung seiner Grenzschutztruppe Frontex vor den Problemen der Welt abschotten.

Das im März 2017 veröffentlichte Weißbuch der Europäischen Kommission „Zur Zukunft Europas“ wählt einen richtigen Ausgangspunkt, wenn es feststellt, dass sich das Gewicht Europas in der Welt verringert. Sein Anteil an der Weltbevölkerung, sein Beitrag zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bedeutung des Euro als Weltwährung nehmen ab.¹ Diese Veränderungen innerhalb der globalen kapitalistischen Ordnung sind nicht per se negativ; sie stellen eine Korrektur der durch den Kolonialismus verzerrten Weltordnung dar. Unvermeidlich ist jedoch, dass Europa sich mit seiner neuen, bescheideneren Rolle in der Welt arrangieren muss.

Die Frage aber ist, in welchen Formen sich die Transformation der kapitalistischen Weltordnung hin zu einer „post-westlichen“ Ordnung vollzieht, und wie sie sich mit der Lösung der globalen Probleme, vor allem der ökologischen Herausforderung, verbindet.

Zwei Tendenzen in der internationalen Politik und in jeder einzelnen Gesellschaft stehen einander gegenüber:

Einerseits die um sich greifende Anarchie zwischen den Staaten und Völkern, in der das Recht des Stärkeren und des Stärksten in immer kürzeren Abständen und mit ansteigend katastrophalen Konsequenzen erprobt wird; andererseits die Möglichkeit, das ungeheure wirtschaftliche und wissenschaftliche Potential der Menschheit zu nutzen und die unvermeidliche Transformation der Weltgesellschaft unter Ausschluss zwischenstaatlicher Gewalt, kooperativ, im Rahmen eines Systems gemeinsam garantierter Sicherheit der Staaten und des Völkerrechts zu verwirklichen.

Die Auseinandersetzung wird nicht „unschuldig“, im Reich konkurrierender Konzepte geführt. Mächtige Interessen sind im Spiel. 1,74 Billionen US-Dollar betrug 2017 die weltweiten Militärausgaben.² Internationale Spannungen und Konflikte bilden das Geschäftsmodell der Rüstungsindustrien und ihrer Lobbys, die Einfluss auf die Regierungen ausüben.

Sie sind nicht die einzigen. So krisenhaft, das letzte Jahrzehnt für Hunderte Millionen Menschen verlaufen ist, es hat die Mächtigen mächtiger und die Reichen reicher gemacht. 82 Prozent des weltweiten Wachstums hat sich im vergangenen Jahr das reichste Prozent der Weltbevölkerung angeeignet. Man versteht, dass in

1 Europäische Kommission (2017): „Zur Zukunft Europas“, in: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf, S.8.

2 Daten aus: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/>.

einer Welt, in der 42 Milliarden_innen so viel besitzen, wie die Hälfte der Weltbevölkerung,³ auch eine friedliche Transformation in Richtung weltweiter sozialer Gleichheit große Widerstände zu überwinden hat.

Ein Beispiel: Es dauerte zwei Jahre, dass nach dem Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch, die 1135 Arbeiter_innen das Leben kostete, 30 Millionen Dollar an Überlebende und Hinterbliebene ausbezahlt wurden: 30 Millionen für 1135 Leben heißt 26.431 Dollar für jedes Leben! Im selben Jahr 2015 zerschellte ein deutsches Passagierflugzeug in den französischen Pyrenäen, 150 Passagiere und Besatzungsmitglieder kamen zu Tode. Nach nur wenigen Wochen berichteten Medien, dass der Mutterkonzern der Fluglinie durchschnittlich 2,3 Millionen Euro pro Opfer, in der Summe 350 Millionen Euro, bereitstelle, wobei, nota bene, das Leben einer US-Bürger_in mit 4,5 Millionen deutlich über dem Durchschnitt und das Leben einer Bürger_in der VR China mit 0,5 Millionen deutlich darunter bewertet wurde.⁴ Versicherungsmathematisch wird uns hier der relative Wert menschlichen Lebens vorgeführt. 87-mal mehr zählt auf den internationalen Finanzmärkten das Leben einer Person aus den kapitalistischen Metropolen als das der Textilarbeiter_in in Bangladesch. Das ist die Politische Ökonomie des globalen Kapitalismus. Der international bekannte Ökonom und Kritiker des Neokolonialismus Samir Amin nannte ganz in diesem Sinne die neoliberale Globalisierung eine „soziale Apartheid im Weltmaßstab“, die nur in militarisierter Form aufrechterhalten werden kann. Die globale Differenz von Reich und Arm und die steigenden Rüstungsausgaben des Westens sind zwei Seiten derselben Medaille.

KRISE UND TRANSFORMATION

Es werde viel Blut fließen, sagte 2009 der britische Historiker Eric Hobsbawm in einem Interview.⁵ Die Kriege, Rebellionen, die Flucht- und Wanderbewegungen mit ihrem Leid und ihren Opfern bestätigen ihn und die These, dass die Welt so wie sie eingerichtet ist, nicht Bestand haben kann.

3 Karsten Seibel (2018): „42 Milliarden besitzen so viel wie die halbe Welt“, in: Die Welt, <https://www.welt.de/wirtschaft/article172684758/Oxfam-42-Milliardaere-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-Welt.html>.

4 Tina Kaiser (2015): „Für US-Opfer werden 4,1 Millionen Euro bezahlt“ in: Die Welt (3.4.), <https://www.welt.de/wirtschaft/article139101074/Fuer-US-Opfer-werden-4-1-Millionen-Euro-gezahlt.html>.

5 Eric Hobsbawm (2009): „Es wird Blut fließen, viel Blut“, in: <https://www.stern.de/wirtschaft/geld/historiker-eric-hobsbawm—es-wird-blut-fliesen--viel-blut--3564868.html>.

Wie in den 1920er- und 1930er-Jahren tritt wieder eine radikale Rechte auf, die Gewalt predigt und verspricht, die Probleme durch dichte Grenzen und innere Aufrüstung zu beheben. Aber soziale Probleme können auf Dauer nicht durch Gewalt behoben werden, und umso mehr gilt das für die heutige soziale Frage, die global geworden ist. Statt Flüchtlingslager an ihren Grenzen oder gar in Afrika zu bauen, wäre die EU gut beraten, die in den Europäischen Partnerschaftsabkommen mit Ländern Afrikas, Asiens und der Karibik fixierten, ungerechten Handelsbeziehungen zu korrigieren.

Gegen die Gewalt, die Missachtung der Menschenrechte und die Einschränkung der Demokratie stehen heute Menschen in der Zivilgesellschaft, den Kirchen und in politischen Bewegungen auf. Sie sind natürliche Bündnispartner_innen, wenn es um eine Bewegung für den Frieden geht.

Sollen die Interessen der Vielen gegenüber dem Egoismus der Wenigen die Oberhand behalten, so müssen sich die Machtverhältnisse in Politik und Wirtschaft grundlegend ändern. Die Lösung der Probleme kann aber nicht auf den einen großen Tag verschoben werden, an dem die Welt anders als kapitalistisch eingerichtet ist, und es ist Heuchelei, die heute notwendige Solidarität mit den Flüchtenden auf die Beseitigung der Ursachen ihrer Flucht in einer fernen Zukunft zu verschieben.

Das Problem besteht darin, politische Formen des Übergangs zu finden. Das Schlüsselkonzept ist dabei Frieden. Friedenspolitik muss von der Welt, wie sie ist, der Vielfalt der Anschauungen, den Unterschieden und scharfen Interessensgegensätzen ausgehen, die mit dem globalen Kapitalismus entstanden sind. Frieden heißt, die Unterschiede und Gegensätze gewaltfrei zu verhandeln, und sich einen dafür geeigneten rechtlichen und institutionellen Rahmen zu schaffen.

Seit der Haager Landkriegsordnung (1907) ist ein weiter Weg zur Schaffung einer zivilisierten internationalen Ordnung zurückgelegt worden, der über die Gründung der Vereinten Nationen (1945), die Abschaffung der Kolonialreiche, die Abkommen zur Begrenzung der Atomwaffen bis zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) führte. Vieles davon ist heute in Gefahr, wieder abgeschafft oder in sein Gegenteil verkehrt zu werden.

Man mag bezweifeln, dass der Frieden tatsächlich als Leitgedanke am Beginn der kapitalistischen Integration Europas gestanden hat. Tatsache ist aber auch, dass sie fast ein Dreivierteljahrhundert lang den Frieden zwischen den beiden kontinentalen Hauptmächten Deutschland und Frankreich ermöglicht hat. Die Europäische Union ist heute der weltgrößte Binnenmarkt, sie könnte auch weiterhin ein politischer Rahmen für den friedlichen Interessensausgleich unter ihren Mitgliedsstaaten sein.

Die herrschende neoliberale Politik hat die EU schwer beschädigt. Die nationalistische, radikale Rechte nützt das, um das Zeitalter der aggressiven imperialistischen Rivalitäten wieder aufleben zu lassen. Sie ist Reaktion auf der ganzen Linie. Aus Europa einen Raum des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu machen, verlangt Opposition zu beiden, verlangt, die Vorherrschaft der innerhalb der herrschenden Klasse konkurrierenden Projekte, des neoliberalen und des nationalistischen, zu brechen.

SICHERHEIT IN EUROPA

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Vertrages bestand die Möglichkeit, Europa effektiv abzurüsten, insbesondere atomwaffenfrei zu machen. Die USA und ihre Verbündeten ließen diese historische Möglichkeit ungenutzt. Durch die sukzessiven Erweiterungen der NATO, die neuen US-amerikanischen Stützpunkte in Europa und die Stationierung atomar bestückbarer Raketen in Osteuropa wurden neue Spannungen provoziert. Trumps „America First“-Politik bringt eine Politik rhetorisch auf den Punkt, die elementaren Interessen europäischen Sicherheitsinteressen entgegensteht.

Das liefert den objektiven Hintergrund für eine intensiviertere Sicherheitsdebatte, die derzeit an der Spitze der EU geführt wird. Im Juni 2016 veröffentlichte die Außenbeauftragte Federica Mogherini ein Strategiedokument für eine militärisch starke EU,⁶ von dem sie ein Jahr später freimütig bekannte, „the Global Strategy has served as a springboard to relaunch the process of European integration after the British referendum“.⁷

Militärische Machtentfaltung als Ersatz für abnehmende soziale und politische Kohärenz – wie viele politische Katastrophen in der Geschichte entfalteteten sich nach diesem Muster?

Im November 2017 einigten sich 25 EU-Mitgliedsstaaten auf die „Permanent Structured Cooperation“ (PESCO), deren Ziel es ist, über eine substantielle Erhöhung der Rüstungsausgaben und die Herstellung der Interoperabilität der nationalen Streitkräfte den Weg zu einer europäischen Armee zu öffnen. Die Europäische Union macht sich damit auf, ein militärisches Instrument zu schaffen, ohne dass

6 Federica Mogherini (2016): „Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe“. https://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf.

7 Federica Mogherini (2017): „The EU Global Strategy – Year 1“. <http://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-foreign-and-security-policy-european-union>.

eine öffentliche Debatte über Sinn und strategische Ziele geführt worden wäre. Die erste grundsätzliche Frage lautet daher: Auf welcher demokratischen Grundlage und mit welcher Legitimation haben die Außen- und Verteidigungsminister eine so weitreichende Entscheidung getroffen?

Bereits heute ist Europa übermilitarisiert. Europa braucht nicht mehr, sondern weniger Militär, Abrüstung und nicht Aufrüstung. Ungeachtet der intransparenten und autoritären Entscheidungsfindung – die Militarisierung der EU ist ein Schritt in die falsche Richtung. Sie führt zu einer Militarisierung der Außenpolitik, zu Kriegs- statt Friedenspolitik, verstrickt die EU in fragwürdige und militärisch gefährliche Konfrontationen und dient offensichtlich dazu, dem militärisch industriellen Komplex EU-Subventionen und einen vergrößerten heimischen Markt zu verschaffen. Jeder Euro, der dort ausgegeben wird, fehlt der Armutsbekämpfung, der Ausstattung der Krankenhäuser und dem Bildungswesen.

SICHERHEITSPOLITIK UND DEMOKRATIE

Die Europäische Union ist nicht deckungsgleich mit Europa. Der Versuch, sie deckungsgleich zu machen, kann nur zu weiteren Konfrontationen führen. Eine realistische und tragfähige Alternative ist ein System gemeinsamer und kollektiver Sicherheit, das eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur schafft, ein System kooperativer Sicherheit, das alle Staaten vom Atlantik bis zum Ural unter einem sicherheitspolitischen Dach beherbergt.

Es muss die Pluralität der politischen und sozialen Systeme in Europa zum Ausgangspunkt nehmen. Wenn die Sowjetunion und die USA im Kalten Krieg nur von ihren jeweiligen „Werten“ ausgegangen wären, hätte es niemals Verhandlungen und Verträge, so über die Atomwaffen, über die deutschen Angelegenheiten oder zur Beendigung der Kuba-Krise geben können. Dann wäre die Atomkriegsgefahr jedoch noch größer gewesen, als sie es ohnehin war. Die Länder des Westens, auch die EU betonen heute, sie würden eine „wertebasierte“ Außenpolitik betreiben. Tatsächlich ist dies nur die Bemäntelung eigener Interessenpolitik, insbesondere in Europa und gegen Russland gerichtet. Erforderlich ist eine neue Politik der friedlichen Koexistenz. Notwendig ist eine Rückbesinnung auf jene Werte, die in der UNO-Charta verankert sind.

Grundlage muss ein völkerrechtlich verbindlicher gemeinsamer Gewaltverzicht der europäischen Staaten sein, der allseitige Abrüstung und insbesondere die Beseitigung der Atomwaffen ermöglichen würde. Überlegenswert ist die Anfang der 1990er-Jahre lancierte Idee eines Europäischen Sicherheitsrats, der ähnlich

dem UN-Sicherheitsrat mit dem Monopol legitimen Einsatzes militärischer Gewaltmittel ausgestattet wäre.⁸ Der Europarat, dem 47 Länder mit 820 Millionen Einwohnern angehören, und die die OSZE könnten die Foren sein, in denen die eine solche universelle europäische Sicherheitsarchitektur entsteht.

Als Anfang der 1950er-Jahre sechs Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bildeten, ging es darum, den deutsch-französischen Konflikt einzuhegen, letzten Endes auch um das schwer-industrielle Potential der beiden Staaten im Kalten Krieg zu mobilisieren. Doch dieser ist vorbei, der Rahmen der Sechs hat sich erweitert. Die Identitäten und Interessen der 27 EU-Mitgliedsstaaten sind nicht einfach auf einen Nenner zu bringen; die EU kann sich nicht weiterhin um die deutsch-französische Achse drehen. So wie die Mitgliedsstaaten ihre bedeutende Rolle zu spielen haben, so muss ein souveränes Europaparlament, das die nationalen Parlamente ergänzt und die intergouvernementale Zusammenarbeit der Staaten einer parlamentarischen Öffentlichkeit unterstellt, zum politischen Zentrum der EU werden.

Ohne eine Demokratisierung ihrer Außenpolitik, letzten Endes die Unterstellung der Sicherheitspolitik unter die Souveränität des Europäischen Parlaments kann die Linke die Schaffung einer militärischen Identität der Europäischen Union nur ablehnen.

Der Versuch, eine Militarisierung der EU-Sicherheitspolitik autoritär durchzusetzen, wird zu denselben desintegrativen Resultaten führen, wie die Austeritätspolitik. Im Gegensatz dazu sieht der 2007 beschlossene Vertrag von Lissabon einen sicherheitspolitischen Pluralismus vor, demzufolge die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik „nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten“ betreffe.⁹

Was einerseits als Freibrief für die europäischen NATO-Mitglieder gedacht ist, stellt andererseits auch eine Legitimierung des Status' der fünf neutralen und blockfreien Staaten dar und könnte ein neues Instrument der Friedenspolitik werden. Neutrale, atomwaffenfreie Zonen in Nordeuropa, in Mittel- und osteuropäischen Staaten (Österreich, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Polen) oder auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens könnten Schritte auf dem Weg der Befreiung Europas von Atomwaffen und der Demilitarisierung Europas werden. Für die

8 Siehe: Michail Gorbatschow (2. Auflage 2017): „Ein Appell an die Welt. Kommt endlich zur Vernunft. Nie wieder Krieg“, Salzburg/München, Benevento Verlag.

9 Vertrag von Lissabon (2007): Artikel 42, Absatz 2, in: <http://www.eu-info.de/europa/eu-vertraege/Vertrag-Lissabon/konsolidierte-Fassung-vertrag-von-lissabon/>.

zu kämpfen, hält die EU einen völkerrechtlichen Rahmen bereit. Es muss nur der politische Wille dafür geschaffen werden.

Frieden ist Politik. Erfolg und Misserfolg hängen vom Kräfteverhältnis der auf sie einwirkenden gegensätzlichen Tendenzen ab. Daher ist die Demokratisierung der Außenpolitik ein strategisches Ziel. Der ungarisch-österreichische Sozialphilosoph Karl Polanyi schrieb, dass alle großen Fragen der Politik einfach zu entscheiden seien, sodass sie der öffentlichen Debatte unterzogen werden können.

Demokratie ist die vernünftigste Art der Machtausübung. Dort, wo sich enge Zirkel von Politikern und Experten anmaßen, über die Zukunft von allen zu entscheiden, muss ihnen durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit Einhalt geboten werden.

Das gilt heute ganz besonders. Europa braucht eine neue Friedensbewegung, die die Interpretationshoheit und die politische Macht der Herrschenden in Frage stellt, um eine Erneuerung der Politik nach demokratisch festgesetzten Kriterien durchzusetzen.



Mustafa, 4 Jahre

Herkunftsland: Afghanistan

Aufenthaltsland: Griechenland

coloursofajourney.eu

Europäische Spannungsfelder

Erhard Crome, Senior Research Fellow bei WeltTrends

Drei Entwicklungen kennzeichnen gegenwärtig die Lage in Gesamt-Europa:

1. Die EU ist bemüht, ihre Integrationsprozesse in die Tiefe und mit der Osterweiterung trotz Brexit auch in die Breite fortzusetzen. Das schließt die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und Moldawien mit ein.
2. Die Desintegrationsprozesse im postsowjetischen Raum sind – wie der Konflikt um die Ukraine zeigt – nicht beendet und stehen im Wechselverhältnis zu neuerlichen Integrationsprozessen, etwa in Gestalt der Eurasischen Wirtschaftsunion zwischen Russland, Kasachstan, Weißrussland, Armenien und Kirgisistan.
3. Die Osterweiterung der NATO ist Teil einer von den USA betriebenen Neuordnung der Welt. Diese trifft auf differenzierte Interessenlagen der „alten“ NATO-Mitglieder einerseits und der „neuen“ Beitrittsländer andererseits. Seit

der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten steht die weitere Entwicklung der NATO unter dem Vorbehalt einer Neudefinition der Interessen der USA. Im Westen wurde angesichts des Zerfalls der Sowjetunion eine unabhängige Ukraine als Kernpunkt geopolitischer Neuordnung angesehen. Zbigniew Brzeziński, der einer der Vordenker US-amerikanischer Globalstrategie war, betonte, eine unabhängige Ukraine sei „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“ dafür, dass Russland in einer geschwächten Position verbleibt. Das müsse fester Bestandteil einer umfassenden Strategie der USA und des Westens in Eurasien sein.¹⁰

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Parag Khanna sieht allerdings drei imperiale Zentren in der Welt: die USA, China und die EU. Die Entwicklung in der Welt hänge davon ab, wie es diesen gelingt, die übrige Welt an sich zu binden, Einflusszonen zu schaffen und diese dauerhaft zu dominieren.¹¹ Heute existiert weder eine unipolare Welt – mit den USA im Zentrum, wie nach dem Ende des Kalten Krieges viele meinten, – noch eine multipolare Welt, sondern ein „Konzert der Mächte“, in dem wirtschaftlich, militärisch und politisch starke Zentren um Macht und Einfluss ringen. Im Unterschied zu Khanna sind hier auch Russland und Indien sowie – mit Abstrichen – Brasilien und Südafrika zu nennen, die zumindest in ihren Regionen Einfluss ausüben. Sie schufen sich gemeinsam mit China im BRICS-Verbund einen regelmäßigen Koordinierungsmechanismus, der dem Westen machtpolitisch gegenübersteht. Eine ähnliche Rolle spielt die Shanghai-Organisation.

Die USA und die EU – mit Deutschland als hegemonialem Zentrum¹² – sind auf der einen Seite Konkurrenten, auf der anderen miteinander „verbündet“, wo sie sich gehalten sehen, Interessen gemeinsam oder zumindest parallel zu verfolgen. So sind die Osterweiterung der NATO und die der EU nicht „zwei Seiten der selben Medaille“, sondern unterschiedliche, voneinander zu unterscheidende Entwicklungen. Beide wurden nach Osten, schließlich bis an die Grenze Russlands ausgedehnt. Wenn westliche Politiker und Journalisten behaupten, der Westen würde lediglich „seine Werte“ ausdehnen, während der russische Präsident Wladimir Putin in einer Manier des 19. Jahrhunderts seinen Einfluss territorial ausdehnen wolle, so ist dies reine Propaganda. Selbstverständlich stellen die NATO und die

10 Zbigniew Brzeziński (1997): Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag, S. 74, 216.

11 Vgl. Parag Khanna (2008): Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin: Berlin Verlag.

12 Ausführlich dazu: Erhard Crome (2013): Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie, in: Erhard Crome, Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdam: Verlag WeltTrends, S. 165-205.

Europäische Union Raumordnungen dar. Erstere wird von den USA, die zweite von Deutschland dominiert.

DIE EU AN EINEM SCHEIDEWEG

Die Frage allerdings ist, ob die EU als Integrationsverbund das Auseinanderklaffen zwischen Zentrum und Peripherie und eine deutsche Hegemonie auf die Dauer verkräftet. Damit aber steht die „deutsche Frage“ wieder neu. Schon am Beginn des 20. Jahrhunderts schien dies das deutsche Dilemma zu sein, ähnlich dem des alten Reiches bis zum Westfälischen Frieden von 1648: Deutschland größer und an Ressourcen reicher als jeder andere europäische Staat (abgesehen von Russland), aber schwächer als die anderen europäischen Staaten zusammen; vermeintlich zu groß, um sich einfach einzureihen in das alltägliche Gefüge; nicht groß genug, die anderen Staaten und Nationen in der Tat dominieren zu können. In diesem Sinne war die „deutsche Frage“ für die Deutschen immer die Frage ihrer Einheit – und war damit mit der staatlichen Vereinigung von 1990 nunmehr erledigt –, für die anderen Staaten und Völker Europas aber die Frage nach dem Schutz vor Deutschland bzw. vor seiner Dominanz auf dem Kontinent. Deutschland ist Hauptnutznießer der Euro-Einführung, es wäre auch der Hauptleidtragende seines Zusammenbruchs. Die Auseinandersetzung um den Euro ist heute die Hauptlinie der Austragung des Kampfes um die „deutsche Frage“. Oft wird argumentiert, die Lösung des Hegemonieproblems bestehe in einer Stärkung der Kooperation. Tatsächlich jedoch sind beide eng verwoben. Der Soziologe Ulrich Beck machte darauf aufmerksam, „mit der Machtkonstellation des deutschen Europas“ werde sichtbar, „dass Europäisierung zwei entgegengesetzte Formen annehmen kann, zwei Arten der Integration und Kooperation: gleichberechtigte Teilhabe (Reziprozität) oder hierarchische Abhängigkeit (Hegemonie).“ Dabei gilt: „Der angebliche Sachzwang der von Deutschland verordneten Sparpolitik hat dazu geführt, dass die Norm der gleichberechtigten Teilhabe unter der Hand beiseitegeschoben und immer häufiger durch Formen hierarchischer Abhängigkeit ersetzt wurde.“¹³ So sind Hegemonie und Kooperation keine Gegensätze, sondern die Hegemonie wird mittels Kooperation durchgesetzt. Sie erfolgt zu den Konditionen, die der Hegemon bestimmt. Und das tut er nicht durch repressive Maßnahmen, sondern durch Mechanismen der Selbstunterwerfung der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in den anderen Ländern. Sie werden

13 Ulrich Beck (2012): Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise, Berlin: Suhrkamp-Verlag, S. 56.

über die Institutionen der EU umgesetzt, durch willige Vollstrecker in den EU-Direktionen und in den betroffenen Ländern. Der Hegemon ersetzt nicht die Netzwerke durch eine Befehlszentrale, sondern setzt sich über sie durch, indem er die Knotenpunkte der Netzwerke kontrolliert. Hier ist die kategoriale Unterscheidung von Unterdrückung (Repression) und Unterwerfung (Submission) von Bedeutung (Michel Foucault). Am besten funktioniert es, wenn der Hegemon gar nicht mehr als solcher sichtbar ist, sondern nur noch der „Sachzwang“ exekutiert wird.

Dennoch steht die EU, wie sie institutionell seit 1950 geschaffen wurde, einer Hegemonialordnung von der Vertragslage her entgegen. Das Einverständnis der anderen ist immer wieder neu herzustellen. Das stellt höchste Anforderungen an die Netzwerkerei vom hegemonialen Zentrum aus, zudem unter den Bedingungen der auch innerhalb der EU nicht suspendierbaren souveränen Gleichheit der Staaten, die aus dem Völkerrecht resultiert. Das institutionelle Gefüge der EU ist für Hegemonie, wessen auch immer, nicht gemacht und steht einem Hegemonialstreben nach Geist und Buchstaben entgegen.

Die Kämpfe um die Zukunft der Europäischen Union werden demzufolge auf drei Ebenen ausgetragen:

- Es sind nach wie vor – und im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft – Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, zwischen abhängig Beschäftigten und Kapitaleigentümern.
- Es sind Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Staaten und Großunternehmen innerhalb der EU sowie ihren verschiedenen Ansprüchen und Ambitionen.
- Es ist ein Widerstreit zwischen deutscher Hegemonialpolitik und dem institutionellen Arrangement der EU.

Die Widersprüche und Auseinandersetzungen, die auf diesen drei Ebenen ausgetragen werden, sind untereinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig. Im Endergebnis entscheidet der Ausgang dieser Kämpfe in erheblichem Maße über das Schicksal Europas: Welchen Charakter wird die EU haben? Wird sie ein Hort des Neoliberalismus bleiben, der zugleich immer deutlicher als Militärmacht in Erscheinung tritt, oder aber wird sie ein wohlfahrtsstaatliches Gefüge sein, das international als Zivilmacht agiert? Das Endergebnis ist offen in dem Sinne, dass die „objektiven Bedingungen“ verschiedene Resultanten möglich machen. Am Ende gibt die politische Fähigkeit der real agierenden Akteure den Ausschlag – und das sind nicht nur Regierungen und die Hochbürokratie in den Brüsseler Amtsstuben, sondern vor allem die Menschen in allen EU-Ländern mit ihren politischen Bewegungen und Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und mit ihrer Zivilcourage.



Sana, 9 Jahre

Herkunftsland: Afghanistan

Aufenthaltsland: Griechenland

coloursofajourney.eu

Autoritarismus und Militarisierung

Ines Mahmoud, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung Tunis und Katerina Anastasiou, Facilitator, transform! europe

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erleben wir in Europa und auch dem Rest der Welt eine steigende Flut an Autoritarismus. Besonders die Jahre nach der Finanzkrise des Jahres 2008 waren von andauernden Ausnahmezuständen¹⁴ und Situationen ständiger „Krise“ geprägt, dazu kamen Polizeibrutalität¹⁵ und ausgedehnte Über-

¹⁴ Amnesty International, Europe: Dangerously disproportionate: The never-expanding national security state in Europe, 17. Januar 2017, Index Number EUR 01/5342/2017.

¹⁵ Kommissarin für Menschenrechte des Europäischen Rates, Police abuse – a serious threat to the rule of law, 24. Februar 2014.

wachung.¹⁶ Der aktuell in Europa um sich greifende Autoritarismus¹⁷ stellt eine ganz spezifische Bedrohung der Demokratie dar. Diese wurde in den vergangenen Jahren, nach der autoritären Abwicklung der Finanzkrise, immer mehr zum Arbeitsschwerpunkt der Linken. Neben ihrem Fokus auf der Bekämpfung internationaler Handelsabkommen und der Förderung der Demokratisierung der EU muss die Linke jedoch auch dem sich verlagernden Schwerpunkt auf „Versicherheitlichung“¹⁸ und Militarisierung der EU¹⁹ ebenso viel Aufmerksamkeit schenken. Im Jahr 2018 stellt die EU-Kommission wesentlich höhere Mittel für militärische Ausgaben²⁰ bereit. Mit der Einführung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ bzw. PESCO, Permanent Structured Cooperation)²¹ durch den Europäischen Rat im Dezember 2017 wurde eine europäische Militärkommandostruktur geschaffen. Die Einsetzung des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF)²² im Jahr 2017 und des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP) im Mai 2018 machen ganz klar, in welche Richtung sich die Verteidigungspolitik der EU bewegt.

Nicht zuletzt als Ergebnis der wachsenden Differenzen mit den Vereinigten Staaten und im Zuge des EU-Austritts von Großbritannien hat die EU eine neue Richtung eingeschlagen. Im so genannten Krieg gegen den Terror, aber auch im Rahmen neu eingerichteter „präventiver“ sicherheitspolitischer Maßnahmen, die als Notfallstrategie dienen, wie etwa der Counter-Terrorism and Security Act (CTS-Act)²³ in Großbritannien, wird sowohl Verfassungs- als auch Völkerrecht durch einen

16 Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, *Surveillance by intelligence services: fundamental rights safeguards and remedies in the EU – Volume II: field perspectives and legal update*, Oktober 2017.

17 BBC, *Europe and nationalism: A country-by-country guide*, 10. September 2018.

18 Zur Verlagerung in Richtung Sicherheitsmaßnahmen im EU-Haushalt: *EU Budget for the Future*, siehe Kapitel 10 ff.

19 Alessandra Giannessi, *transform! europe, Europe in a Changing Global Order: Militarization and the New EU Global Strategy for Security and Defence*, 15. November 2017.

20 Yvonne-Stefania Efstathiou, *European defence spending gets a boost from the EU*, 18. Juni 2018.

21 Siehe das Factsheet auf der Homepage des European External Action Service, 28. Juni 2018.

22 Europäische Kommission, *Pressemitteilung, EU-Haushalt: eine stärkere Rolle der EU als Sicherheits- und Verteidigungsgarantin*, 13. Juni 2018.

23 *Counter-Terrorism and Security Act 2015*.

permanent ausgerufenen Ausnahmezustand untergraben.²⁴ Laut CTS-Act sind Personen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind,²⁵ zum Beispiel gesetzlich verpflichtet, anhand vager, von der britischen Regierung zur Verfügung gestellter Richtlinien Extremismus zu „identifizieren“ und zu „verhindern“.

Dieser ständige Ausnahmezustand führt dazu, dass Menschen zu rechtlosen Subjekten werden, die vom politischen Leben ausgeschlossen sind und denen keine Bürger_innenrechte zugestanden werden. Dies wird an den Grenzen Europas, die in besonderem Ausmaß militarisiert werden,²⁶ sehr deutlich, und führt unweigerlich dazu, dass Menschen auf der Suche nach Schutz dort in Lebensgefahr geraten.²⁷

Auf EU-Ebene liegt der Fokus immer stärker auf militärischen Abkommen, wie dem EU-Türkei-Abkommen²⁸. Diese neue Schwerpunktsetzung der EU hatte bisher jedoch nicht zur Folge, dass sich auch die Linke ausreichend auf das Thema Militarisierung konzentrierte. Außerdem werden Delikte des Großkapitals – wie etwa Steuerhinterziehung oder die Nichteinhaltung arbeitsrechtlicher Standards – immer seltener bestraft. Unsere Gesellschaften werden militarisiert. Die Hinwendung zum Autoritarismus führt, neben der Militarisierung von Staaten und der Erweiterung des Polizeiapparates, auch zu einer Militarisierung der Gesellschaft. Die Bürger_innen haben begonnen, sich selbst in militanten Gruppierungen zu organisieren. Diese werden oftmals vom Staat unterstützt, wie zum Beispiel in Österreich die so genannten „Sicherheitsbürger“²⁹. Parallel dazu drängen derzeit auch extrem rechte Gruppierungen,³⁰ die oftmals von Parteien³¹ und sogar von Regierungen³² und örtlichen

24 Siehe offener Brief: PREVENT will have a chilling effect on open debate, free speech and political dissent, 10. Juli 2015.

25 <https://educateagainsthate.com/teachers/prevent-duty/>

26 Transnational Institute, Pressemitteilung, 2016 sees more EU border militarisation, arms industry profits from refugee tragedy, 19. Dezember 2016.

27 Nick Buxton and Mark Akkerman, The deadly consequences of Europe's border militarization, 19. Dezember 2016.

28 Deutsche Welle, The EU-Turkey refugee agreement: A review, 18. März 2018.

29 <https://www.ots.at/t/sicherheitsb%C3%BCrger>

30 Lizzie Dearden, German anti-terror police uncover hidden paramilitary training camps for far-right extremists, 23. Juni 2017.

31 Harald Vilimsky, Kriminalisierung von Waffenbesitzern durch EU erreicht neuen Höhepunkt, 21. Juni 2014.

32 Senato, la legittima difesa e sempre riconosciuta: via libera in aula, la riforma passa alla Camera, 24. Oktober 2018.

Behörden³³ unterstützt werden, auf eine Liberalisierung des Waffenbesitzes³⁴. Neben der bedrohten Demokratie scheint auch die Rechtsstaatlichkeit in Gefahr zu sein.³⁵ Dies wird durch die Nichteinhaltung internationaler Schutzabkommen deutlich, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa geht.³⁶ Wir haben es mit antiliberalen Demokratien³⁷ zu tun, die nach Hegemonie streben. Obwohl die linken Parteien Europas die Bedeutung der UNO als internationale Vermittlerin und Rechtsinstanz regelmäßig betonen, muss die tatsächliche Stärkung und Demokratisierung der UN-Strukturen, besonders des Sicherheitsrats, der mit seinem Vetorecht³⁸ immer noch für eine imperiale globale Ordnung sorgt, ständig im Fokus der Linken liegen.

Die Epoche internationaler Kriege und Stellvertreterkriege,³⁹ in die wir eingetreten sind, signalisiert eine neue Ethik von Konflikt und Krieg. Killerroboter,⁴⁰ autonome Waffensysteme, Drohnen, wie sie in den israelischen Angriffen auf Gaza⁴¹ und im Syrienkrieg eingesetzt wurden, aber auch andere Massenvernichtungswaffen, sind Elemente eines internationalen Wettrüstens, das Hand in Hand mit einer Monopolisierung von Hochtechnologie für die Mächtigen⁴² geht.

Diese Kriege zwingen die Menschen zur oftmals lebensgefährlichen Flucht. Jedes Jahr sterben tausende Menschen im Mittelmeer, die in Europa Schutz vor Krieg, Umweltkatastrophen, Verfolgung und Armut suchen. Da die Menschen in ihrer Freizügigkeit beschränkt werden und es kaum Möglichkeiten gibt, auf legalem Weg nach Europa einzuwandern, werden Flüchtlinge und Migrant_innen entmenschlicht. Die EU-Kommission schlug für den nächsten EU-Haushalt 2021–2027

33 Italian mayor offers ‚gun bonus‘ to citizens, 21. Oktober 2015.

34 Quentin Aries, Gun lobby stirs to life in Europe – It’s not the National Rifle Association of America, but pro-gun groups mobilize against restrictions proposed by Brussels, 4. Mai 2016.

35 Rule of Law Crisis in the New Member States of the EU, The Pitfalls of Overemphasising Enforcement, Working Paper No. 1, Juli 2018.

36 <https://www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/european-union>

37 Arne Muis and Lars van Troost (Hrsg.), Will human rights survive illiberal democracy?, März 2018.

38 https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_vetoed_United_Nations_Security_Council_resolutions

39 Ian Bremmer, These 5 Proxy Battles Are Making Syria’s Civil War Increasingly Complicated, 16. Februar 2018.

40 <https://www.stopkillerrobots.org/>

41 David M. Halbfinger, At Gaza Protests – Kites, Drones, Gas, Guns and the Occasional Bomb, 8. Juni 2018.

42 Pieter D. Wezeman, et al., Trends in international arms transfer 2017, März 2018.

nahezu eine Verdreifachung der finanziellen Mittel vor, die für die Einschränkung von Migration und Grenzkontrollen aufgewendet werden sollen. Im Vergleich zur vorangegangenen Periode entspricht dies einer Erhöhung um 13 Milliarden auf 34,9 Milliarden Euro.

Diese globalen Nord-Süd-Beziehungen, die sich im Zuge der Kolonialisierung ausbildeten und schließlich durch die Entwicklungsprojekte globaler Finanzinstitutionen ersetzt wurden, unterliegen harten Darlehensbedingungen. Solche neokolonialen Strukturen finden sich ebenso im vom Extraktivismus geprägten Kapitalismus wie auch in der permanenten Ausbeutung der Rohstoffquellen des globalen Südens. Wir sind mit Fossilen-Brennstoff-Kriegen⁴³ und Handelskriegen⁴⁴ konfrontiert, anstatt neue Pläne für nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsmodelle für die Zukunft zu entwickeln. Der Klimawandel wurde zu einem bedeutenden Faktor für die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat,⁴⁵ ebenso wie Hungersnöte.⁴⁶

Diese Herausforderungen, mit denen wir auf globaler Ebene konfrontiert sind, werfen die Frage auf, was die Linke macht, um diesen zu begegnen. Wir müssen uns zunächst fragen, was „Sicherheit“ aus einer linken Perspektive bedeutet.

Anstatt eine linke Sicherheitspolitik zu entwickeln, sprach sich die Linke bisher einfach für Frieden aus. Wir müssen uns fragen, ob dies als politische Strategie genügt. Wie gehen wir vor, um eine umfassende Abrüstungsphase einzuleiten? Wie beschützen wir den Süden und schließlich den ganzen Planeten vor den Auswirkungen des Klimawandels?

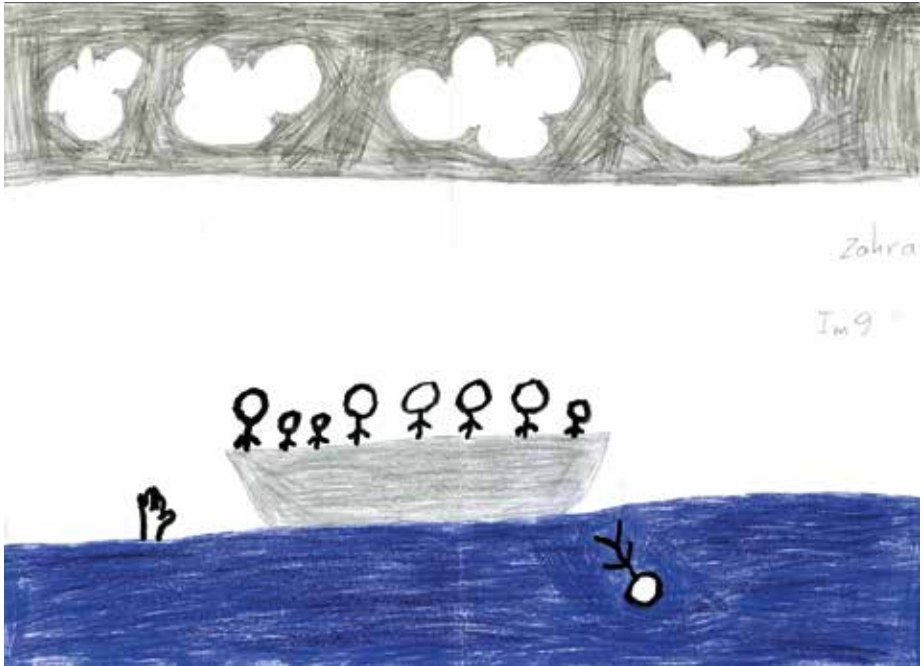
Bei der Beantwortung dieser Fragen müssen wir bedenken, dass wir heute in einer multipolaren Welt leben: Das Zeitalter der westzentrierten Globalisierung ist zu Ende. Wir müssen überlegen, was dies für internationale und transnationale Institutionen bedeutet, unsere Positionen und Strategien hinterfragen und möglicherweise neu ausrichten.

43 Kevin Dayaratna, For a huge „peace dividend“, end the war on fossil fuels, 27. November 2017.

44 BBC, Trade wars, Trump tariffs and protectionism explained, 26. Juli 2018.

45 Laignee Barron, 143 Million People Could Soon Be Displaced Because of Climate Change, World Bank Says, 20. März 2018.

46 UNHCR says death risk from starvation in Horn of Africa, Yemen, Nigeria growing, displacement already rising, 11. April 2017.



Zahra, 9 Jahre

Herkunftsland: Afghanistan

Aufenthaltsland: Griechenland

coloursofajourney.eu

Europäische Zuwanderungspolitik und fremdenfeindlicher Druck

Bruno Montesano, Campagna Sbilanciamoci und Doktorand an der SOAS London

Während nationalistische Kräfte in ganz Europa auf dem Vormarsch sind, fahren die liberalen Eliten auch weiterhin mit ihren konventionellen Maßnahmen fort. Offiziell respektieren sie die Menschenrechte, doch tatsächlich handeln sie ziemlich unmenschlich. Im Laufe der vergangenen 15 Jahre starben 34 361 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren (*United*, 22. Juni 2018). Dem Journalist_innenkonsortium *The Migrants' Files* zufolge kosteten europäische Maßnahmen, deren Ziel es war, Migrant_innen der EU fern zu halten – wie Abschiebungen, Frontex-Einsätze, Grenzsicherung, Forschung und Entwicklung im

Bereich Sicherheit und Verteidigungstechnologien – zwischen dem Jahr 2000 und 2015 an die 13 Milliarden Euro.⁴⁷

All dies war zweifellos kein Zufall. Die europäische Migrationspolitik bietet nur sehr begrenzte Möglichkeiten für legale Einwanderung. Nationalstaatliche Beschlüsse und die wirtschaftliche Struktur führen daher zur Ausbeutung von Migrant_innen, einer besonders gefährdeten Gruppe von Arbeitnehmer_innen. Viele Migrant_innen leben ohne Grundrechte und sind dem ständigen Risiko ausgesetzt, ausgewiesen zu werden. Dies zwingt sie dazu, jede Art von Niedriglohnarbeit anzunehmen – oft zu Bedingungen, die an Sklaverei grenzen. Neben den wirtschaftlichen Interessen hinter dem aktuellen „Migrationsmanagement“ entsteht eine „fremdenfeindliche Industrie“, die Angst als Geschäftsquelle nutzt. 2015 wurde die *Group of Personalities* gegründet, eine „Elite von Politiker_innen, Wissenschaftler_innen, Think-Tank-Mitgliedern und Vorstandsvorsitzenden aus Forschungstechnologieorganisationen und der Verteidigungsindustrie, die darüber beraten, wie die EU Forschungsprogramme im Verteidigungsbereich unterstützen kann, die relevant für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sind“⁴⁸. Dort setzen CEOs wie Tom Enders von Airbus und Mauro Moretti von Finmeccanica ihre Macht direkt ein, um die EU-Institutionen in Richtung der Technologien und Dienstleistungen zu lenken, die sie anbieten.⁴⁹

Mit der Wirtschaftskrise von 2008 und ihrer neoliberalen Bewältigungsstrategie, die einen Rückgang der öffentlichen Sozialleistungen in Kauf nahm, wuchs auch das gesellschaftliche Ungleichgewicht. Die herrschenden Klassen (die oftmals auch liberal oder mitte-links orientiert sind) setzten Austeritätsmaßnahmen und begingen den ganz wesentlichen Fehler, die Interessen der unteren und der mittleren Klassen aus dem Fokus zu verlieren. Dadurch verbreiteten sich fremdenfeindliche Gesinnungen. Rechtsgerichtete Parteien nutzten die wachsende Unzufriedenheit und die Angst vor Arbeitslosigkeit aus und richteten sie gegen Migrant_innen. Paradoxerweise geben fremdenfeindliche Parteien vor, „unsere Leute zuerst zu schützen“, selbst wenn sie die neoliberale Wirtschaftspolitik unterstützen, die untere und mittlere Klassen am stärksten benachteiligt. Die extreme Rechte schützt die herrschenden Klassen vor dem Volkzorn und lenkt ihn auf die Migrant_innen um. Da-

47 <http://www.themigrantsfiles.com/>

48 European Defence Agency, High-level Group of Personalities on defence research issues statement, Pressemitteilung, 18. Juni 2015.

49 Statewatch, European Commission's handling of military research 'Group of Personalities' to be investigated, 24. Juli 2017, und Transnational Institute Market Forces: The development of the EU Security-Industrial Complex, 25. August 2017.

bei könnten Migrant_innen mögliche Verbündete im Kampf gegen jene darstellen, die für die Ungleichheiten verantwortlich zeichnen.

Interessant ist, dass bereits im Jahr 2015 die größte Anzahl an Migrant_innen in Europa eintraf. Etwa 1 Million Menschen (UNHCR) kamen nach Europa, was 0,2 % der europäischen Bevölkerung entspricht. 2016 waren es nur noch 360 000 Neuankömmlinge, 2017 gerade einmal 184 000; dies sind Zahlen, die so gar nicht zur vielfach beschworenen „Migrationskrise“ passen. Dennoch hat die EU die Sicherheitsvorkehrungen an ihren Außengrenzen verstärkt und vereinbart Abkommen mit dem Autokraten Erdoğan (im Wert von 6 Milliarden Euro) und mit dem labilen und gewaltsamen libyschen Regime, das aufgrund wiederholter Menschenrechtsverletzungen von den UN heftig kritisiert wurde.

Im November 2017 segnete das Europaparlament eine an sich positive Reform des Dubliner Übereinkommens ab. Mit dieser Reform wird das Kriterium des Erstaufnahmelandes durch einen permanenten und automatischen Verteilungsschlüssel anhand eines verbindlichen Quotensystems ersetzt. Im Sommer 2018 fehlte für die tatsächliche Umsetzung dieser Reform jedoch immer noch die Zustimmung des Europäischen Rates. Aufgrund des Widerstandes der Visegrád-Staaten, sowie von Österreich und Italien, ist eine Umsetzung nun überhaupt höchst zweifelhaft geworden. Es kristallisiert sich also ein rechtsextemer Konsens heraus, der NROs und Bürger_innenrechtsaktivist_innen kriminalisiert und Migrant_innen weiterhin auf See und auf dem Land tötet.

Die liberalen Kräfte kritisieren wohl die fremdenfeindlichen Kräfte – sie setzen jedoch keine konkreten Maßnahmen gegen die Ungerechtigkeit, die durch die zunehmende Befestigung Europas entsteht. Solche verfehlten liberalen Einstellungen zeigen sich eindrucksvoll in der Abweisung der schwangeren Frau Beauty an der französischen Grenze, die deren Tod nach sich zog⁵⁰, sowie in der äußerst grausamen Umzäunung der spanischen Enklave Ceuta. Der 2015 eingeführte Umsiedlungsmechanismus funktioniert nicht, was Wasser auf den Mühlen der extremen Rechten ist, die das Thema Migrationspolitik auf einzelstaatlicher Ebene handhaben möchte. Dies stellt eine erhebliche Gefahr für das Schengener Abkommen dar. In etlichen europäischen Ländern ziehen die jeweiligen nationalen Reformen des Asylrechts einen strengen Katalog an Gesetzen nach sich, was zu noch stärker diskriminierenden Spaltung zwischen Staatsbürger_innen und Migrant_innen führt (Minniti-Orlando-Verordnung in Italien,⁵¹ die

50 Marco Revelli, *The border where Europe lost its soul*, Il Manifesto, 3. April 2018.

51 Giulia Segreti, *Italy approves measures to accelerate asylum procedures*, Reuters, 11. April 2017.

Reformen von Macron und Collomb in Frankreich,⁵² der Gesetzesvorschlag von Kurz und Kickl in Österreich⁵³). Die Kommission dramatisiert das Ausmaß der Migrationsbewegungen und argumentiert damit die Erhöhung der Mittel für Migration und Grenzschutz für den EU-Haushalt 2021–2027 mit 34,9 Milliarden auf das Dreifache: 21 Milliarden für Grenzschutz und 10 Milliarden für Ausgaben, die mit Asylanträgen und der Bekämpfung illegaler Migration entstehen. Traurigerweise übersteigt der Betrag, der für die Abweisung von Migrant_innen vorgesehen ist, jenen, der für ihre Aufnahme zugedacht ist, bei weitem.

EU-VERTEIDIGUNGSPOLITIK

„Si vis pacem para bellum“ („Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor“). Das bekannte lateinische Sprichwort beschreibt die aktuelle EU-Verteidigungspolitik ziemlich treffend. So wurde etwa ein 12 Milliarden Euro schwerer Fonds mit dem Namen *European Peace Facility* für Militärausgaben eingerichtet. Zusätzlich schlug die Kommission einen 13 Milliarden Euro schweren *European Defence Fonds* vor und veranschlagte für den EU-Haushalt 2021–2027 4 Milliarden für den Bereich Sicherheit. Zudem wird ein Teil der 100 Milliarden Euro, die für das Forschungs- und Entwicklungsförderprogramm *Horizon* und den Transportinfrastrukturfonds *Connecting Europe Facility* einkalkuliert sind, für Verteidigung und Sicherheit ausgegeben. Angesichts der Krise der europäischen Integration und der schwächelnden Beziehung zu den USA unter der Trump-Präsidentschaft entschlossen sich 25 europäische Staaten im Dezember 2017 zur Gründung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ bzw. PESCO, Permanent Structured Cooperation), die einen ersten Schritt hin zu einer europäischen Verteidigungspolitik darstellt. Diese handelt mittels zweier Mechanismen, dem CARD (Coordinated Annual Review on Defence) und dem Europäischen Verteidigungsfonds. Ersterer soll die Effizienz militärischer Ausgaben bewerten und für deren Transparenz sorgen, der zweite fördert Investitionen in EU-Projekte zu Verteidigungstechnologien. Dieser Fonds wird durch die *Preparatory Action on Defence Research* (PADR) operieren und das Europäische Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP), das die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie erhöhen und den gemeinsamen Erwerb von Rüstungsgütern

52 Manon Rescan, La loi asile et immigration définitivement adoptée a l'Assemblée, Le Monde, 1. August 2018.

53 Bethany Bell, Europe migrants: Austria to seize migrants' phones in asylum clampdown, 20. April 2018, BBC.

unterstützen soll. Außerdem fördert die rechtliche Grundlage der SSZ die Versorgung des Militärindustriekomplexes mit Geld. Artikel 41 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) untersagt zwar die Verwendung von EU-Mitteln für „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“. Durch Artikel 173 des Vertrages über die Arbeitsweise des Europäischen Union (AEUV) ist die SSZ jedoch legitimiert, sich am industriellen Wettbewerb zu beteiligen. Demzufolge scheint es, wie auch die EU-Institutionen anerkennen, das zweite Ziel des gesamteuropäischen Verteidigungsplans zu sein, einen Anreiz für europäische Sicherheit- und Verteidigungsvorhaben zu bieten, der EU-Institutionen hin zu den Produkten der Rüstungsindustrie lenken soll. Der steuerliche Multiplikator von Verteidigungsinvestitionen – ein Indikator, der die Auswirkung auf die Wirtschaft misst – ist niedriger als jener für öffentliche Dienstleistungen, wie Transport, Gesundheitswesen oder Bildung, sie haben in Wahrheit keinen relevanten wirtschaftlichen Effekt. Eine solche Produktion verursacht stattdessen Gewalt und zusätzliche Kosten für die Wiederinstandsetzung dessen, was zerstört wurde. Die gemeinsame Verteidigung der EU, wie sie aktuell in Planung ist, wird die europäische Integration nicht fördern, da durch die Stimmengewichtung und das Mehrheitsprinzip Deutschland und Frankreich 33 % der europäischen Bevölkerung darstellen und zudem ihr Vetorecht einsetzen können. Aus diesem Grund werden die aktuellen Machtverhältnisse unter den EU-Mitgliedstaaten noch weiter zementiert. Außerdem wird die Heterogenität der Perspektiven in der Außen- und Sicherheitspolitik durch die Europäische Interventionsinitiative (EI2) sichtbar. Dabei handelt es sich um das Projekt einer weiteren Armee, das kürzlich von Macron, außerhalb der offiziellen EU-Strukturen, initiiert wurde und dem sich nur neun EU-Staaten anschlossen. Bei der EI2 scheint es sich um eine Initiative zu handeln, die auch Großbritannien mit einschließen soll und die über eine agilere Struktur verfügt als die SSZ. Sie spiegelt einen versteckten Konflikt mit Deutschland wider, das Frankreich zufolge die SSZ anführt. Es wachsen also die Bedrohungen für den Weltfrieden, während die potenziellen Armeen sich an der internen Verwerfungslinie innerhalb der EU ohne spezifische politische Orientierung vervielfältigen. Im Hintergrund der neoliberalen Unsicherheit etabliert die EU ein militaristisches und auf Geschäft ausgerichtetes Modell von Verteidigung und Sicherheit, das am Wettrüsten teilnimmt, anstatt einen Zugang zu wählen, der auf menschlicher Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und politischer Mediation basiert. All jene, die gegen Nationalismus und den neoliberalen Status quo sind, müssen sich der Militarisierung von Grenzen und Sicherheit entgegenstellen und für die Rückumwandlung von Militär- und Verteidigungsunternehmen hin zu Produzenten von grünen und sozialen Dienstleistungen einsetzen.



Sedighe, 11 Jahre

„Ich komme aus Afghanistan. Dann ging ich in den Iran. Als ich aus der Türkei nach Griechenland kam, war da Polizei mit Waffen, drei oder vier Menschen sind gestorben. Auf dem Meer gingen die Boote unter. Mein Bruder und meine Mutter sind gestorben.“

Herkunftsland: Afghanistan

Aufenthaltsland: Griechenland

coloursofajourney.eu

Anstelle eines Fazits: Friedliches und friedliebendes Europa

Panos Trigazis, SYRIZA, Abteilung für Internationales & Außenpolitik

Die Geschichte Europas ist gekennzeichnet von Kriegen aller Art, darunter auch religiöse Kriege. Glücklicherweise haben Europäer_innen bislang keine Erfahrungen mit Atomkriegen gemacht. Dennoch, das Hauptschlachtfeld der zwei Weltkriege war unser eigener Kontinent. Zudem musste Europa die schmerzvolle Erfahrung des Kalten Krieges machen, der es in zwei Hälften teilte: in Ost und West.

Eurozentrismus im 21. Jahrhundert ist mehr als ein Anachronismus. Europa kann keine Insel der Sicherheit in einer zunehmend unsicheren und instabilen Welt sein. Die einzige Option besteht darin, auf eine allumfassende gemeinsame Sicherheitspolitik zu setzen, die nicht kompatibel mit Militarismus, neuerlichen Spaltungen und Nationalchauvinismus ist. Umfassende europäische Sicherheit ist untrennbar mit globaler Sicherheit verbunden. Wahrer Friede verlangt nach nuklearer und konventioneller Abrüstung.

Die Bevölkerung Europas muss aufhören an das Pseudodilemma Sicherheit ODER Demokratie zu glauben und Sicherheit MIT Frieden und Demokratie fordern. Die Bedrohungen für Frieden und Sicherheit in diesem Jahrhundert unterscheiden sich sehr von jenen des vergangenen Jahrhunderts oder der Vergangenheit im Allgemeinen. Aktuelle Unsicherheitsfaktoren treten in unterschiedlicher Form auf und müssen entsprechend bekämpft werden.

Während des Kalten Krieges formierte sich die Bevölkerung Europas und stellte sich gemeinsam gegen die nukleare Bedrohung. So entwickelte sich eine bisher unerreicht große Friedensbewegung, die breite Bevölkerungsschichten auf dem ganzen Kontinent vereinte. Dank dieser Bewegung etablierte sich der Begriff der „Volksdiplomatie“ und wurde Teil des Vokabulars internationaler Beziehungen. Der schrecklichen Aussicht auf einen „begrenzten Atomkrieg“ in Europa wurde in den 1980er-Jahren bei Massenprotesten gegen die Kernkraft also eine Absage erteilt. Stattdessen propagierte man die Vorstellung eines vom Atlantik bis zum Ural atomwaffenfreien Europas. Die gleiche Vision stand im Zentrum des 1975 begonnenen „Helsinki-Prozesses“, der durch die OSZE immer noch Relevanz hat.

Wir sollten uns daran erinnern, dass dieser Prozess durch einen Vorschlag der UdSSR initiiert wurde, sowie durch einen entscheidenden Beitrag des deutschen Kanzlers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt: nämlich jenen der Neuen Ostpolitik. Wiederbelebt und verstärkt kann dieser Prozess die Grundlage für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem bilden, das auch Russland mit einschließt. Dies erfordert eine neue, friedliche und gleichberechtigte Beziehung zwischen der EU und Russland, die zunächst die friedliche Beilegung der Krise in der Ukraine voraussetzt.

Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ist der beste und realistischste Weg, die Abschaffung der NATO zu erreichen, vorausgesetzt, es bildet sich ein neues globales Gleichgewicht aus und die Rolle der Vereinten Nationen wird nach ihrer tiefgreifenden Demokratisierung höher bewertet.

Wir werden oft gefragt: „Ist Abrüstung überhaupt möglich?“ Unsere Antwort ist ein klares Ja und beruht auf historischen Beweisen. Selbst während des Kalten Krieges wurden zwischen den USA und der UdSSR zahlreiche Abkommen zu Waf-

fenkontrolle und Abrüstung unterzeichnet. Im Speziellen sei hier auf den Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty – NPT), verwiesen, der vor 50 Jahren unterschrieben wurde und immer noch in Kraft ist. Er wird von nahezu allen Staaten anerkannt, wenn auch mit der Ausnahme von Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel. Auch zivilgesellschaftliche Bewegungen haben eine entscheidende Rolle für das Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Mine Ban Treaty) sowie den Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 gespielt, wofür die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Der größte Sieg für die europäische Abrüstung bis dato wurde 1987 errungen. Damals unterzeichneten die Staats- und Regierungsoberhäupter der beiden damaligen Supermächte, Ronald Reagan und Michael Gorbatschow, den Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), der die Entfernung und Vernichtung der so genannten Euromissiles vorsah, die als Instrumente für einen „begrenzten Atomkrieg“ dienen hätten können. In einigen europäischen Ländern sind jedoch immer noch amerikanische Atomwaffen stationiert, die entfernt werden müssen. Natürlich muss Russland diesbezüglich gleichziehen. Auch die Anzahl konventioneller Streitkräfte sollte drastisch reduziert werden, was eine Senkung der nationalen Militärbudgets zur Folge hätte. Die weltweit wachsenden Militärausgaben stellen ein großes Problem dar.

Schätzungen zufolge sind die globalen Militärausgaben stark gestiegen. Dem jüngsten SIPRI-Bericht zufolge geben die Staaten der Welt zusammen einem Tag etwa fünf Milliarden US-Dollar für Rüstungsgüter aus. Wir lehnen den Begriff „neuer Kalter Krieg“ für die derzeitigen Spannungen zwischen Russland und dem Westen – besonders den USA – zwar ab, da sich der Kalte Krieg aus einer Reihe von Gründen nicht wiederholen lässt. Trotzdem haben die aktuellen Zerwürfnisse katastrophale Auswirkungen.

Einer der Gründe für diese alarmierende Entwicklung ist die Ost-Expansion der NATO. Infolge der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten wurde der NATO-Rat aufgefordert, einen Beschluss zu erlassen, demzufolge die Mitgliedstaaten ihr Militärbudget auf zumindest 2 % ihres BIPs erhöhen sollten. Während einer Periode tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Krise in Europa ist ein solcher Beschluss natürlich abzulehnen. Glücklicherweise verfügen die meisten westeuropäischen NATO-Mitglieder immer noch über niedrige Militärbudgets, doch in mittel- und osteuropäischen Ländern wurden die Militärausgaben um bis zu 13 % erhöht. Gleichzeitig gibt es in Europa einige „eingefrorene“ Konflikte; darunter die

bereits Jahrzehnte andauernde Tragödie Zyperns, obwohl die Republik Zypern ein vollwertiges Mitglied der EU und der Eurozone ist.

Was die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU betrifft, so sind wir uns deren Notwendigkeit bewusst, da wir den europäischen Integrationsprozess unterstützen, der ohne eine politische Union nicht möglich wäre. Die GASP sollte unserer Ansicht nach jedoch nicht der NATO untergeordnet sein. Zudem stellt sich die politische Frage, auf welchen Prinzipien und mit welchem Inhalt die GASP aufgebaut wird, eine Frage, die sich durch die Sicherstellung demokratischer Kontrolle und Verantwortlichkeit beantworten ließe. Ein Garant dafür könnte ein aufgewertetes europäisches Parlament sein, da es die einzige EU-Institution ist, die direkt von der Bevölkerung gewählt wird.

Ähnliche Fragen stellen sich in Bezug auf die Schaffung einer „europäischen Armee“ und einer europäischen Waffenindustrie. Rechte Kräfte tendieren politisch und ideologisch zu einer Militarisierung der EU, mit dem Argument, dass die Union ihre Interessen so besser verteidigen und eine wichtigere globale Rolle einnehmen könne. Europa kommt jedoch bereits eine überaus wichtige Rolle zu, da es die Geburtsstätte großer Freiheits- und Revolutionsideen war. Die umfassenden Sozialsysteme vieler Länder beruhen auf diesen Ideen, die die wichtigsten Aushängeschilder der EU darstellen. So soll der Einfluss Europas auf die Welt aussehen; es dürfen jedenfalls keine europäischen Truppen an der Seite der NATO ins Ausland geschickt werden. Dies sollte ausschließlich im Zuge von UN-Friedensmissionen geschehen. Außerdem sollte die GASP bestrebt sein, das Nord-Süd-Gefälle zu überwinden – besonders im Mittelmeer, der Seegrenze Europas zur Dritten Welt. Aus diesem Grund entspricht eine Festung Europa nicht unserer Vision einer umfassenden europäischen Sicherheit im 21. Jahrhundert. Sie steht in direktem Gegensatz zur Realität der heutigen Welt und der Rolle, die die EU in globalen Fragen spielen sollte.

„Flüchtlingskrise“ ist kein angemessener Begriff für die aktuelle Lage, auch wenn er offiziell verwendet wird. Die Zuspitzung der Flüchtlings-/Migrant_innen-Thematik spiegelt die tiefgreifende Krise des aktuellen Weltsystems wider und zeigt die Versäumnisse der Vereinten Nationen auf. Die Hauptantwort auf diese Krise, von einem europäischen Standpunkt aus betrachtet, ist ein energisches Bekenntnis von Seiten der EU-Institutionen und der europäischen Regierungen zur Ausarbeitung und Förderung eines Friedensprogrammes für den Nahen Osten und die Mittelmeerregion.

Die hauptsächlichen Unsicherheitsfaktoren in der europäischen Gesellschaft gründen auf verschiedenen Arten von Phobien, wie Xenophobie, Islamophobie,

Russophobie und sogar Turkophobie, die unsere Gesellschaften vergiften und Hass schüren. Auch hier bieten Friede und gleichberechtigte Kooperation und vor allem die Verteidigung des europäischen Sozialmodells eine Antwort auf diese Plagen.

Heute besteht eine Reihe von verständlichen Vorbehalten gegen die SSZ. Angesichts der aktuellen Lage dieses europäischen Aufbauprozesses, der nationale Befindlichkeiten und sogar nationalistische Alternativen wiedererweckt, ist jedoch eine Überdramatisierung der Auswirkungen dieses Projekts nicht gerade der beste politische Ansatz. Jedenfalls werden EU-Außenpolitik und Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich nicht zu einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik führen. All jenen, die eine solche gemeinsame Politik jedoch nicht mehr erwarten können, sei gesagt: „Spannt das Pferd nicht hinter den Wagen.“ Die Priorität der EU muss das Streben hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa sein; erst dann können wir solche Entscheidungen diskutieren wie die über eine europäische Armee.

SUBREGIONALE SICHERHEIT

Auch wenn wir nach einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit und Sicherheit streben, ignorieren wir keineswegs subregionale Bedürfnisse und Prioritäten. Der Prozess der nordischen Zusammenarbeit kann etwa als Beispiel für andere europäische Regionen dienen. Zudem können sich gemeinsame subregionale Sicherheitsprozesse ausbilden und in der Art des Helsinki-Prozesses aufgebaut werden, wie es auch vor Jahrzehnten für die Mittelmeerregion und die Balkanstaaten angedacht war.

Insofern muss der Vorschlag der griechischen Regierung für Entwicklungszusammenarbeit, einen gemeinsamen Sicherheitsprozess und ein gemeinsames Umweltleitbild auf dem Balkan von den friedliebenden und fortschrittlichen Kräften Europas voll und ganz unterstützt werden. Dieser Vorschlag wird durch das ebenso aktuelle (17. Juni 2018) wie historische Übereinkommen zwischen den Regierungen Griechenlands und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien am See Prespa gestützt, welches das Namensthema ein für alle Mal lösen wird (die EJRM wird zukünftig „Republik Nord-Mazedonien“ heißen). Dieses Übereinkommen konnte, nicht ganz zufällig, durch Vermittlung der UNO erreicht werden sowie aufgrund der Tatsache, dass in beiden Ländern in den vergangenen Jahren neue Regierungen an die Macht gekommen waren: Unter der Führung von SYRIZA in Griechenland und der Sozialdemokratischen Liga Mazedoniens in der EJRM.

Diese beiden fortschrittlichen Parteien haben eine zweihundert Jahre alte Idee der balkaninternen Freundschaft und Zusammenarbeit aufgegriffen und erkennen die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit der Länder und Völker in der Region an.

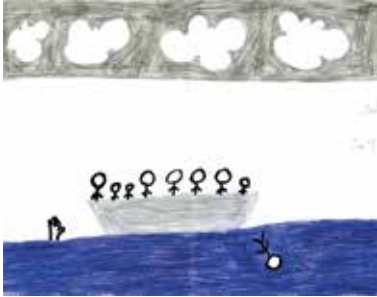
Die Sicherheitslage in ganz Europa hängt davon ab, ob die Umwandlung der Mittelmeerregion in eine Zone des Friedens und der gleichberechtigten Zusammenarbeit gelingt. Dies setzt in erster Linie die Überwindung des Nord-Süd-Gefälles in der Region voraus, sowie die Förderung friedlicher Lösungen für palästinensische, syrische und zyprische Anliegen. Eine strategische Sicherheitsoption für diese Region, welche die Seegrenzen Europas mit Afrika und Asien umfasst, könnte in einer Art Helsinki-Prozess für das Mittelmeer liegen.

Zusammengefasst soll gesagt werden, dass die oben dargelegten Ideen und Vorschläge, die keineswegs ausschließlich wir entwickelt haben, nicht als Allheilmittel für jede Sicherheitsbedrohung in Europa dienen können. Stattdessen sollen sie eine Grundlage bilden, um das größtmögliche Spektrum sozialer und politischer Kräfte zu bündeln und so gemeinsam Frieden zu verteidigen und Sicherheit zu fördern. Die Idee dahinter ist es, eine demokratisch-friedliche und ökologische Transformation der EU zu ermöglichen, in Richtung eines neuen Europas für eine neue Welt.

Seit ihren Anfängen vor zwei Jahrhunderten wurde die europäische Idee als eine gesamteuropäische, demokratische, pazifistische Vision definiert. Auf dieser Grundlage kann die EU nach vorne blicken, nicht indem sie anstrebt, zur militärischen Supermacht in einer zunehmend von Widersprüchen geprägten und militarisierten Welt zu werden, sondern indem sie ein Pol des Friedens und der globalen Sicherheit wird.

Die Zukunft gehört nicht nur einem friedlichen Europa, sondern auch einem Europa, das sich für Frieden mit Gerechtigkeit, Abrüstung und Konfliktlösung auf der ganzen Welt einsetzt.

Kategorie: Vergangenheit



Zahra, 9 Jahre
Herkunftsland: Afghanistan
Aufenthaltsland: Griechenland



Dena, 7 Jahre
Herkunftsland: Afghanistan
Aufenthaltsland: Griechenland

Kategorie: Gegenwart



Alisina, 10 Jahre
Herkunftsland: Afghanistan
Aufenthaltsland: Griechenland



Khatereh, 16 Jahre
Herkunftsland: Afghanistan
Aufenthaltsland: Griechenland

Kategorie: Zukunft



Hasan, 7 Jahre
Herkunftsland: Irak
Aufenthaltsland: Kroatien



Taimoor, 16 Jahre
Herkunftsland: Pakistan
Aufenthaltsland: Italien

Colours of a
Journey

Unterstützen Sie das Projekt, indem Sie eine Ausstellung der Zeichnungen in Theatern oder Büchereien in Ihrer Umgebung oder im öffentlichen Raum organisieren und Workshops abhalten!



Ham und Ali, 11 Jahre
 Herkunftsland: Afghanistan
 Aufenthaltsland: Griechenland



Djiba, 17 Jahre
 Herkunftsland: Guinea
 Aufenthaltsland: Italien

Kategorie: Vergangenheit



Naeem, 15 Jahre
 Herkunftsland: Pakistan
 Aufenthaltsland: Italien



Schule in Italien
 Herkunftsland: –
 Aufenthaltsland: Italien

Kategorie: Gegenwart



Amir Ali, 10 Jahre
 Herkunftsland: Afghanistan
 Aufenthaltsland: Kroatien



Mehdi, 8 Jahre
 Herkunftsland: Iran
 Aufenthaltsland: Kroatien

Kategorie: Zukunft

Neuankommende Menschen in Europa sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft und unserer Geschichte. Sie sind gekommen um zu bleiben. Warum haben diese Menschen ihre Heimat verlassen? Wie sieht ihr Leben heute aus? Welche Zukunft haben sie für sich selbst im Blick? Colours of a Journey sammelt und stellt Kunstwerke von Flüchtlingen und Migrant_innenkindern aus, in denen diese ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft darstellen, sodass ihre Geschichten und Visionen Teil der europäischen Geschichte werden und sich damit spaltender Rhetorik entgegenstellen.



transform!
europe

www.transform-network.net